



Mehr als ein

Das Bildungsvolksbegehren blieb hinter den Erwartungen der Initiatoren zurück, der Umgang des Parlaments mit den Vorschlägen übertraf sie. Die Bildungsdebatte wird sachlicher.

THOMAS GÖTZ

Es war ein starker Wille da, zusammenzukommen“, bilanziert Bernd Schilcher den dritten und letzten Sonderausschuss über das Bildungsvolksbegehren, das er mitinitiiert hat. Selbstverständlich war das keineswegs. Nachdem das Volksbegehren nur 383.000 Österreicher unterzeichnet hatten, rechneten die Initiatoren mit einem Begräbnis I. Klasse. Es kam anders.

Einig war man sich über die Eckpunkte des neuen Lehrerdienstrechts, das die Sozialpartner derzeit verhandeln. Auch die ÖVP setzt sich dafür ein, dass Lehrer über ihre Lehrverpflichtung hinaus Zeit in der Schule verbringen sollen. Dass die Einkommenskurve „gekippt“ werden soll, war auch nicht strittig. Als weiteren Erfolg nennt ÖVP-Bildungssprecher Werner Amon die Einigkeit über die „Abschaffung der Parteipolitik im Schulsystem“. Konsens gab es auch darüber, dass Lehrerinnen und Lehrer akademisch gebildet sein sollen, ob sie im Kindergarten arbeiten oder an der Universität.

Dringend rieten Schilcher und Hannes Androsch zur Einführung eines Bildungsrates, der Ideen einbringen und deren Umsetzung überwachen soll. Amon und Elmar Mayer, der Bildungssprecher der SPÖ, ziehen diesem eine ständige Enquetekommission vor, die unter Einbeziehung von Vertretern des Volksbegehrens die offenen Fragen klären soll.

„Der Ausschuss war viel ernster als erwartet“: Volksbegehrensimpinitiatoren Bernd Schilcher und Hannes Androsch im Parlament APA



Bernd Schilcher brachte die Idee ein, als Kompromiss zwischen SPÖ und ÖVP eine gemeinsame Schule bis zum 12. Lebensjahr zu diskutieren. Werner Amon (ÖVP) lehnt diese ursprünglich von Niederösterreichs Landeshauptmann Erwin Pröll formulierte Idee ab. Man habe sich auf den Verbleib der AHS und den Aufbau von Neuen Mittelschulen geeinigt, dabei solle es auch bleiben, sagte er.

Der Vorschlag der Initiatoren, Ganztagschulen übers Land verteilt anzubieten, stieß zumindest nicht auf Ablehnung. Auf die vorgeschlagene Zahl von 160 Schulen wollten sich aber weder Amon noch Mayer festlegen.

Bis zur nächsten Nationalratssitzung Mitte Juni sollen konkrete und mit Fristen versehene Entschließungsanträge formuliert werden. Dass gerade viel von direkter Demokratie geredet wird, erhöht den Druck auf das Parlament.

Begräbnis I. Klasse



ZENTRALMATURA

Experte fürchtet Niveauverlust

Mathematiker Peschek warnt vor zu schnellem Start der Zentralmatura.

WIEN, KLAGENFURT. Bildungsministerin Claudia Schmied hat gerade erst die neue Reifeprüfungsverordnung präsentiert, doch die Kritik an der geplanten Zentralmatura, vor allem in Mathematik, geht weiter. Nachdem Lehrer, Eltern und Schüler protestiert hatten, erklärte nun Werner Peschek von der Universität Klagenfurt, die Umstellungszeit sei zu kurz. Peschek erarbeitet mit seinem Team die Fragestellungen für die neue Mathematik-Matura.

Ab dem Schuljahr 2013/14 soll die Zentralmatura ja österreichweit in den allgemeinbildenden, ein Jahr später an den berufsbildenden höheren Schulen starten. „Wenn man daran als Endziel

festhält, ist das kaum zu schaffen“, sagt Peschek. Er fürchtet, „dass die Ansprüche bei den Klausuren zurückgeschraubt werden, um das politisch als gutes Ergebnis verkaufen zu können“. So werde der Ist-Zustand dessen, was Schüler können, festzementiert. Wirkliche Veränderungen seien so nicht möglich.

Eine Verschiebung will Peschek zwar nicht. Die Politik müsse allerdings offen eingestehen, dass das Vorhaben Risiken birgt. „Ich plädiere für eine stufenweise Einführung.“ Er schlägt zwei Jahre Übergangszeit vor.

Zudem übt der Didaktiker Kritik an der Informationspolitik des Ministeriums. Schließlich müss-

ten sich die Pädagogen auf ein völlig neues Unterrichten einstellen – stärker in Richtung Grundkompetenzen. „Inhaltlich werden die Lehrer zu wenig unterstützt“, so Peschek. Das sei die eine Seite. „Es gibt aber auch neben jenen Lehrern, die etwas verändern wollen, nach wie vor einige, die ihre Schüler „nach der Vorstellung, das kommt eh nicht“ ungenügend vorbereiten.“

In Zukunft sollen die Schüler in der 7. und 8. Klasse an freiwilligen „Kompetenzchecks“ teilnehmen. Außerdem können sie im Mai 2013 und Jänner 2014 eine Probenmatura absolvieren. Schmied kündigte eine „Informationsoffensive“ an. **SONJA HASEWEND**